



# Energiewende-Barometer 2025 der IHK-Organisation

Ergebnisse der  
Unternehmensumfrage für Hessen



Hessischer Industrie-  
und Handelskammertag

#GemeinsamFürHessensWirtschaft

## Das Wichtigste in Kürze

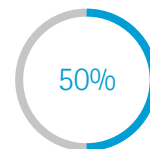
### Negative Auswirkungen der Energiewende auf hessische Industriebetriebe

Die Energiewende wirkt sich für jeden zweiten hessischen Industriebetrieb negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit aus (48 Prozent). Zwar bedeutet dies einen Rückgang um zehn Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr, von einer Entwarnung kann jedoch keine Rede sein.



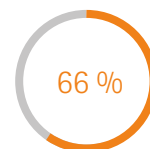
### Steigende Energiepreise belasten knapp die Hälfte der Unternehmen

Knapp 50 Prozent der Unternehmen haben in den letzten 12 Monaten weitere Preissteigerungen bei Strom und Wärme (Gas, Fernwärme, Heizöl) verzeichnet. Bei Kraftstoffen (Benzin und Diesel) sind es mehr als 40 Prozent der Unternehmen. Rund 30 Prozent der Unternehmen berichten, dass die Energiepreise generell auf einem hohen Niveau verharren.



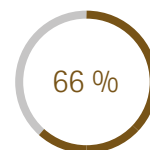
### Verlust der Wettbewerbsfähigkeit durch hohe Energiepreise

Zwei Drittel (66 Prozent) der hessischen Industrieunternehmen erklären, dass hohe Energiepreise die Wettbewerbsfähigkeit ihres Standorts in Deutschland schwächen. Über 40 Prozent rechnen branchen-, größen- und regionsunabhängig mit Nachteilen im Wettbewerb. Die Zukunftsfähigkeit wird zusätzlich belastet: 34 Prozent müssen Investitionen in Kernprozesse verschieben, und jedes fünfte Unternehmen verschiebt auch Investitionen in Forschung und Entwicklung.



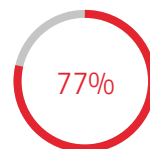
### „Zu viel Bürokratie“ bremst den Klimaschutz

66 Prozent der Unternehmen sehen zu viel Bürokratie als größtes Hindernis im Transformationsprozess zu mehr Klimaschutz. 55 Prozent bemängeln fehlende Informationen und mangelnde Verlässlichkeit der Energiepolitik, 44 Prozent kritisieren langsame Planungs- und Genehmigungsverfahren.



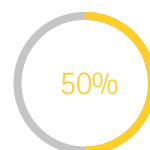
### Forderung nach Senkung der Steuern und Abgaben auf den Strompreis

Mehr als drei Viertel der Unternehmen (77,4 Prozent) fordern eine Senkung von Steuern und Abgaben auf den Strompreis. So könnte die Stromsteuer von derzeit 2,05 ct/kWh dauerhaft auf das europäische Mindestmaß von 0,05 ct/kWh für alle Unternehmen – unabhängig von Branche oder Größe – reduziert werden, ohne dass ein bürokratisches Antragsverfahren erforderlich ist.



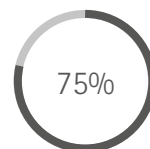
### Zugang zu Wasserstoff gewährleisten und CO<sub>2</sub>-Nutzung möglich machen

Knapp die Hälfte der hessischen Unternehmen fordert einen planungssicheren Zugang zu Wasserstoff als Energieträger – für alle Branchen und Regionen. Gleichzeitig sollte auch die CO<sub>2</sub>-Abscheidung, der Transport sowie die Nutzung und Speicherung von CO<sub>2</sub> gewährleistet werden.



### Bessere Rahmenbedingungen für Eigenversorgung und Direktlieferverträge (Strom)

Um den Anteil an Grünstrom zu erhöhen, sind für viele Unternehmen Eigenversorgungsanlagen und Direktstromlieferverträge wesentliche Bausteine. Mehr als dreiviertel der Unternehmen in Hessen fordern eine Verbesserung der Rahmenbedingungen.



### Industrie: Verlagerung der Produktion und Einschränkung der Inlandsproduktion

Der seit Jahren anhaltende Trend, Produktionskapazitäten ins Ausland zu verlagern oder die Inlandsproduktion zu reduzieren, setzt sich fort. Bereits 13 Prozent der hessischen Industrieunternehmen haben entsprechende Schritte umgesetzt, 9 Prozent eingeleitet und knapp 7 Prozent planen sie. Damit verfolgen fast 30 Prozent der Betriebe eine Produktionsverlagerung oder -einschränkung. Die Folgen sind gravierend.



# Energiewende-Barometer 2025 der IHK-Organisation

## Eine Unternehmensumfrage zur Umsetzung von Energiewende und Klimaschutz

Im jährlichen „Energiewende-Barometer der IHK-Organisation“ werden die Ergebnisse einer Online-Unternehmensbefragung zusammengefasst, an der Mitgliedsunternehmen der IHK-Organisation teilgenommen haben. Ziel des Energiewende-Barometers ist es, eine fundierte Bewertung der aktuellen Klima- und Energiewendepolitik sowie der Auswirkungen der Energiewende aus Sicht der Unternehmen zu erhalten.

Die Grundlage der Auswertung bilden bundesweit 3.625 eingegangene Antworten aus den Branchen Industrie, Bauwirtschaft, Handel und Dienstleistungen. Aus Hessen beteiligten sich 274 Betriebe an der Umfrage, darunter 98 Industrieunternehmen.

Die IHKs gestalten ihre Befragung so, dass ein repräsentatives Stimmungsbild der gewerblichen Wirtschaft vor Ort abgebildet wird. Dies erfolgt durch eine gezielte Unternehmensansprache, die branchen-, regionen- sowie unternehmensgrößenbezogen differenziert ist, etwa über Vollversammlungsmitglieder. Die Aggregation auf Bundesebene erfolgt durch eine regionale und branchenbezogene Gewichtung, die auf den Beschäftigtenzahlen der jeweiligen Regionen basiert. Alle in den Auswertungen dargestellten Daten sind demnach gewichtet.

Die Befragung wurde vom 10. bis zum 27. Juni 2025 durchgeführt.

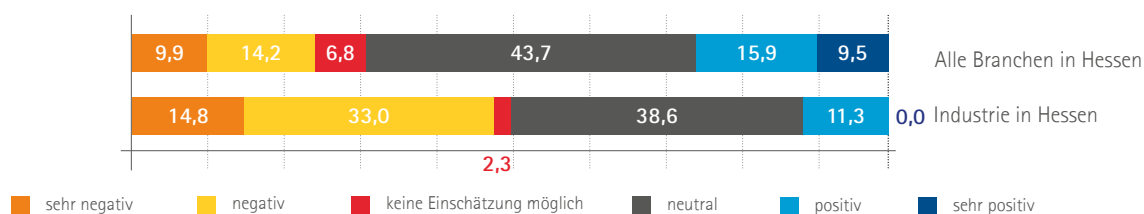
# Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit: Negativ für die Hälfte der hessischen Industriebetriebe

Die zentrale Frage des IHK-Energiebarometers lautet: Wie beurteilen Sie die Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit Ihres Unternehmens?

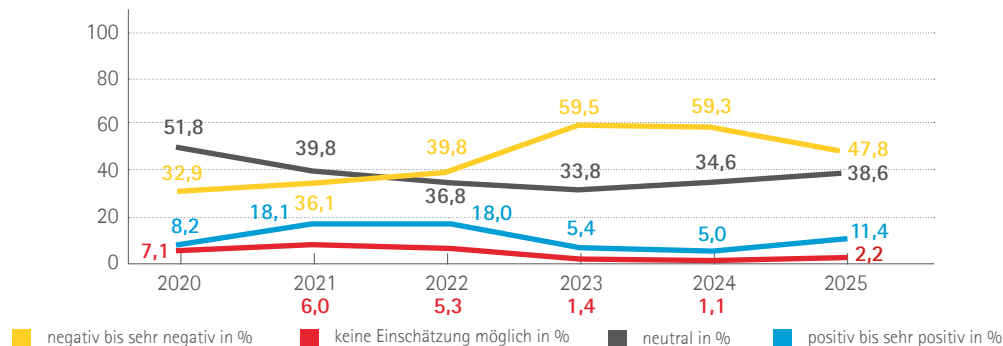
Hessenweit sehen knapp ein Viertel der Unternehmen – unabhängig von Branche, Betriebsgröße und Region – die Auswirkungen der Energiewende als „negativ“ oder „sehr negativ“.

Nahezu jedes zweite hessische Industrieunternehmen (47,8 Prozent) verzeichnet negative oder sogar sehr negative Auswirkungen.

## Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Hessen – alle Branchen / Industrie



## Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit der Industrieunternehmen in Hessen im Zeitverlauf: 2020 bis 2025

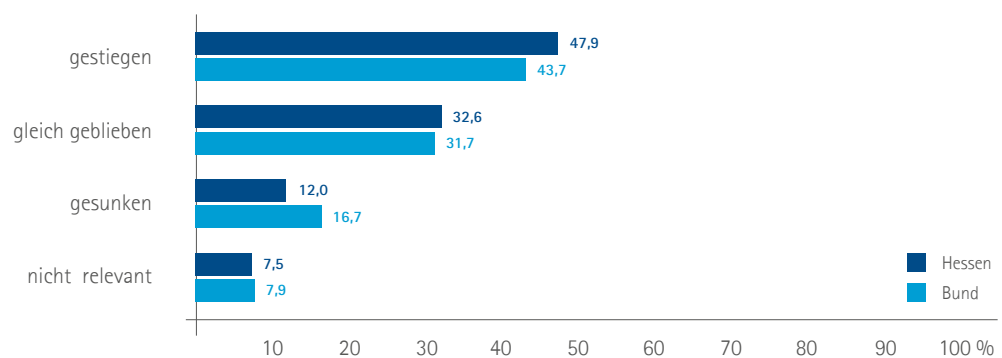


## Entwicklung der Energie- und Kraftstoffkosten: Preisniveau bleibt hoch

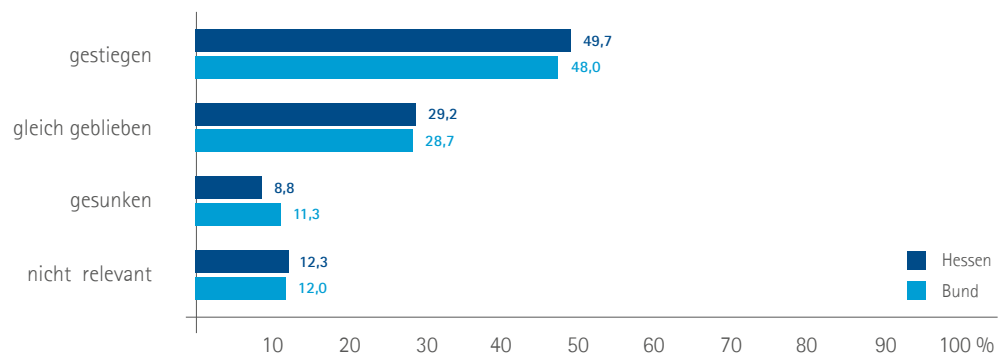
Knapp 50 Prozent der Unternehmen in Hessen haben in den letzten 12 Monaten zusätzliche Preissteigerungen bei Strom und Wärme erfahren. Bei Kraftstoffen (Benzin und Diesel) sind es mehr als 40 Prozent der Unternehmen. Rund 30 Prozent der Unternehmen berichten, dass die Energiepreise generell auf einem hohen Niveau verharren.

Die Strompreise in Deutschland bewegen sich im internationalen Vergleich auf einem ohnehin hohen Niveau.

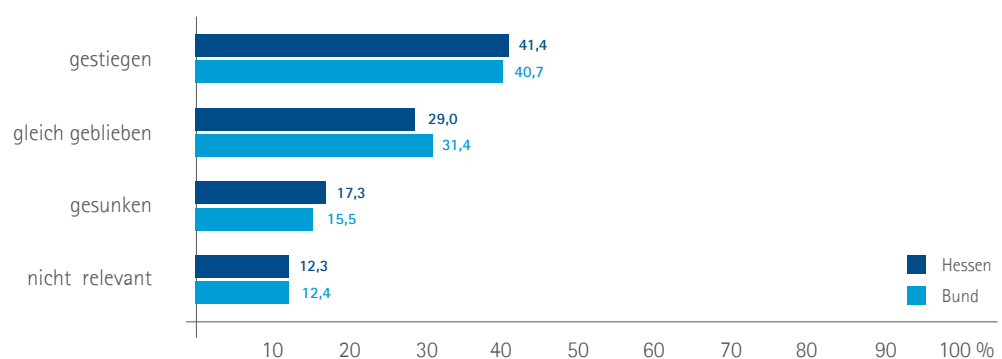
### Wie haben sich die Energiepreise für Strom in den letzten 12 Monaten entwickelt?



### Wie haben sich die Energiepreise für Wärme (Gas, Fernwärme, Heizöl) in den letzten 12 Monaten entwickelt?



### Wie haben sich die Energiepreise für Transport (Benzin, Diesel und andere Kraftstoffe) in den letzten 12 Monaten entwickelt?



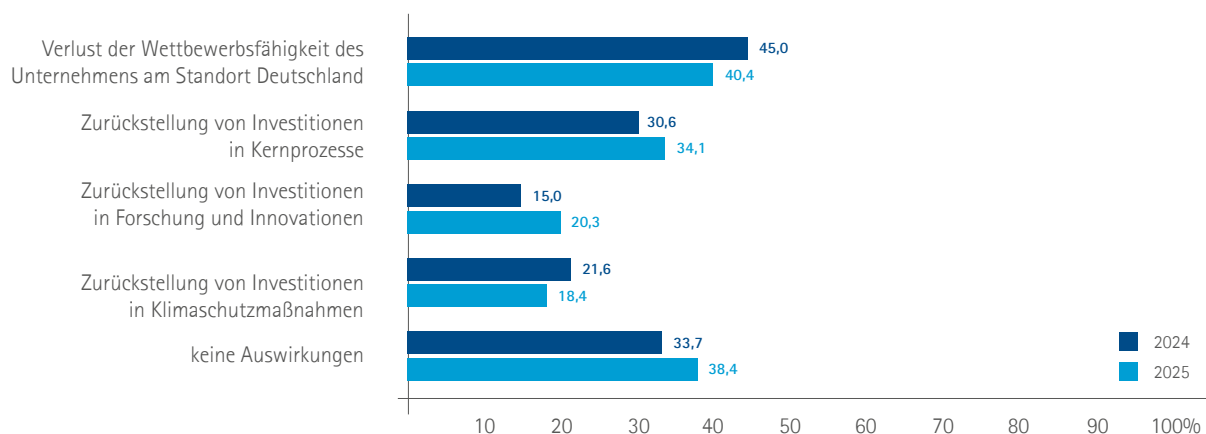
## Anhaltend hohe Energiepreise führen zu fehlender Wettbewerbsfähigkeit und verhindern Investitionen

Zwei Drittel der Industriebetriebe (65,9 Prozent) fühlen sich aufgrund der hohen Energiepreise insbesondere im Wettbewerb mit internationalen Konkurrenten benachteiligt. Über 40 Prozent der hessischen Unternehmen rechnen unabhängig von Branche, Betriebsgröße und Region mit Wettbewerbsnachteilen.

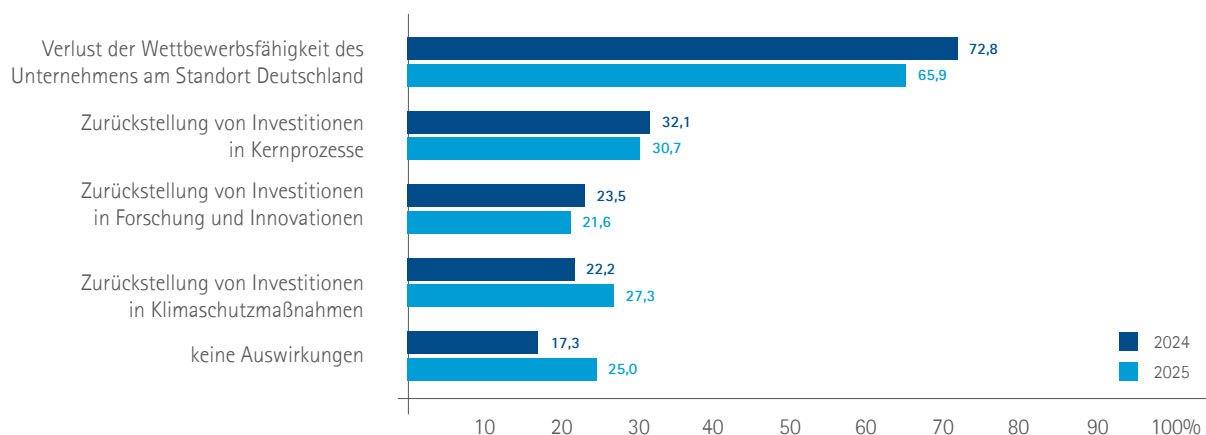
Bei 34 Prozent der Unternehmen wird die Zukunftsfähigkeit konkret durch die Notwendigkeit beeinträchtigt, Investitionen in wesentliche Kernprozesse auf unbestimmte Zeit verschieben zu müssen. Jedes fünfte Unternehmen meldet, dass zudem die Investitionen in Forschung und Entwicklung zurückgestellt werden, was den Wirtschaftsstandort und die Region zusätzlich schwächt.

Die Krisen der vergangenen Jahre – von Materialengpässen und unterbrochenen Lieferketten über pandemiebedingte Einschränkungen bis hin zum sprunghaften Anstieg der Energiekosten – haben dazu geführt, dass viele Unternehmen ihre finanziellen Rücklagen für Investitionen aufgebraucht oder zusätzliche Kredite aufgenommen haben, was die Ausgangslage nun zusätzlich belastet.

### Wie beurteilen Sie die Auswirkungen der hohen Preise für Energie? alle Branchen in Hessen 2024 / 2025



### Wie beurteilen Sie die Auswirkungen der hohen Preise für Energie? Industriebetriebe in Hessen 2024 / 2025



## Transformationshemmnisse für mehr Klimaschutz

### Fehlende Planbarkeit und Bürokratie bremsen die Transformation aus

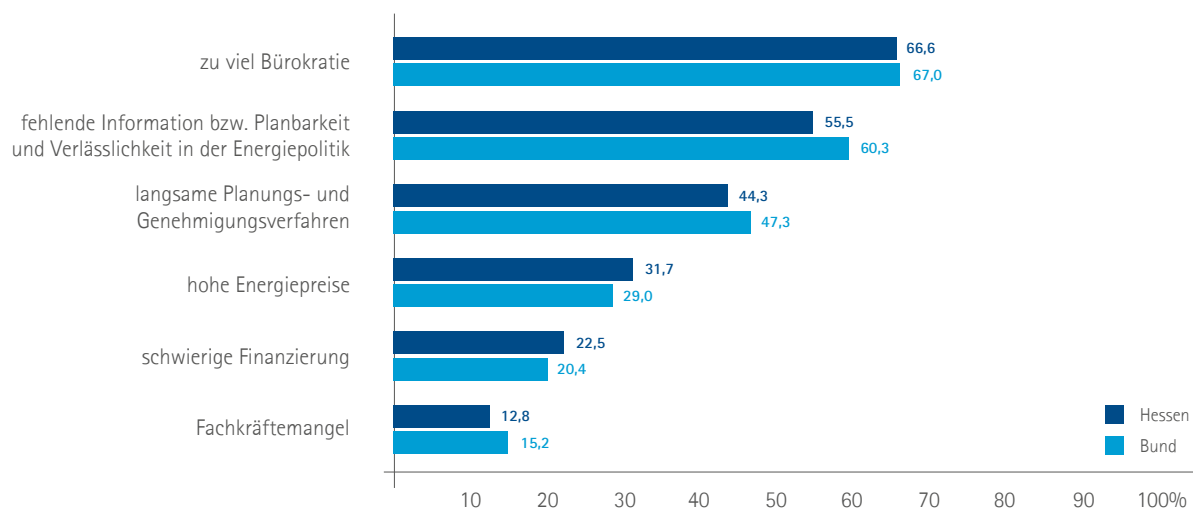
Hessische Unternehmen sind bereit, die Transformation für mehr Klimaschutz voranzutreiben. Als größtes Hindernis sehen sie jedoch „zu viel Bürokratie“. Zwei Drittel (66,6 Prozent) geben an, sich dadurch ausgebremst zu fühlen. Immer häufiger werden die Betriebe mit Vorgaben konfrontiert, die in der Praxis schwer umsetzbar sind oder zusätzliches Personal erfordern – ohne erkennbaren produktiven Mehrwert.

An zweiter Stelle der Hemmnisse wird „fehlende Information bzw. Planbarkeit und Verlässlichkeit in der Energiepolitik“ genannt, ein Aspekt, der von 55,5 Prozent der Unternehmen in Hessen als besonders problematisch angesehen wird.

44,3 Prozent der Unternehmen sehen die „langsamen Planungs- und Genehmigungsverfahren“ als Ursache für Verzögerungen bei ihren Vorhaben.

Auf den Plätzen vier bis sechs der größten Transformationshindernisse stehen bei hessischen Unternehmen vor allem die hohen Energiepreise (31,7 Prozent), gefolgt von einer schwierigen Finanzierung (22,5 Prozent) sowie dem Fachkräftemangel (12,8 Prozent).

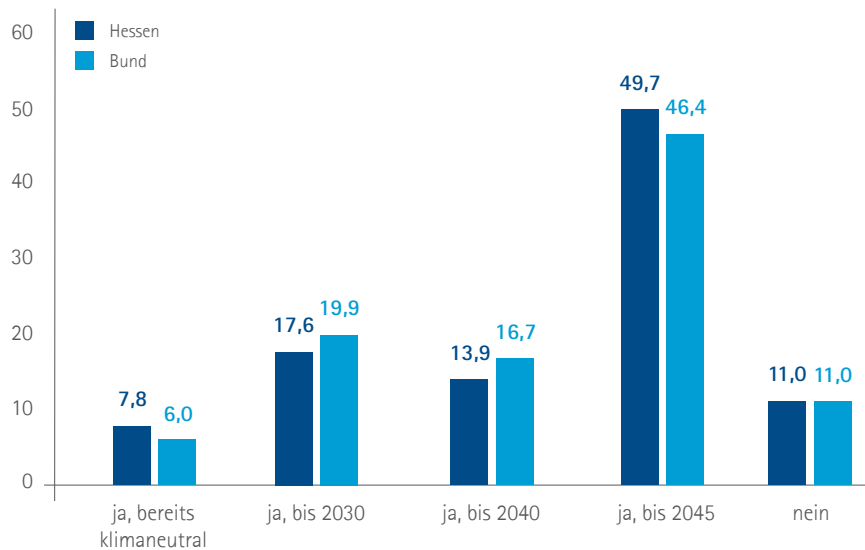
#### Was sind die drei größten Hindernisse bei Ihren Transformationsbemühungen für mehr Klimaschutz?



## Hessische Unternehmen haben sich zum Ziel gesetzt „klimaneutral“ zu werden

89 Prozent der hessischen Betriebe haben die Klimaneutralität in ihren Unternehmenszielen verankert. Knapp 8 Prozent der Unternehmen in Hessen geben an, die Klimaneutralität bereits erreicht zu haben.

**Unternehmen haben sich zum Ziel gesetzt, klimaneutral zu werden  
(Angaben in Prozent)**





## Hessische Unternehmen engagieren sich vielfältig bei Energiewende und Klimaschutz

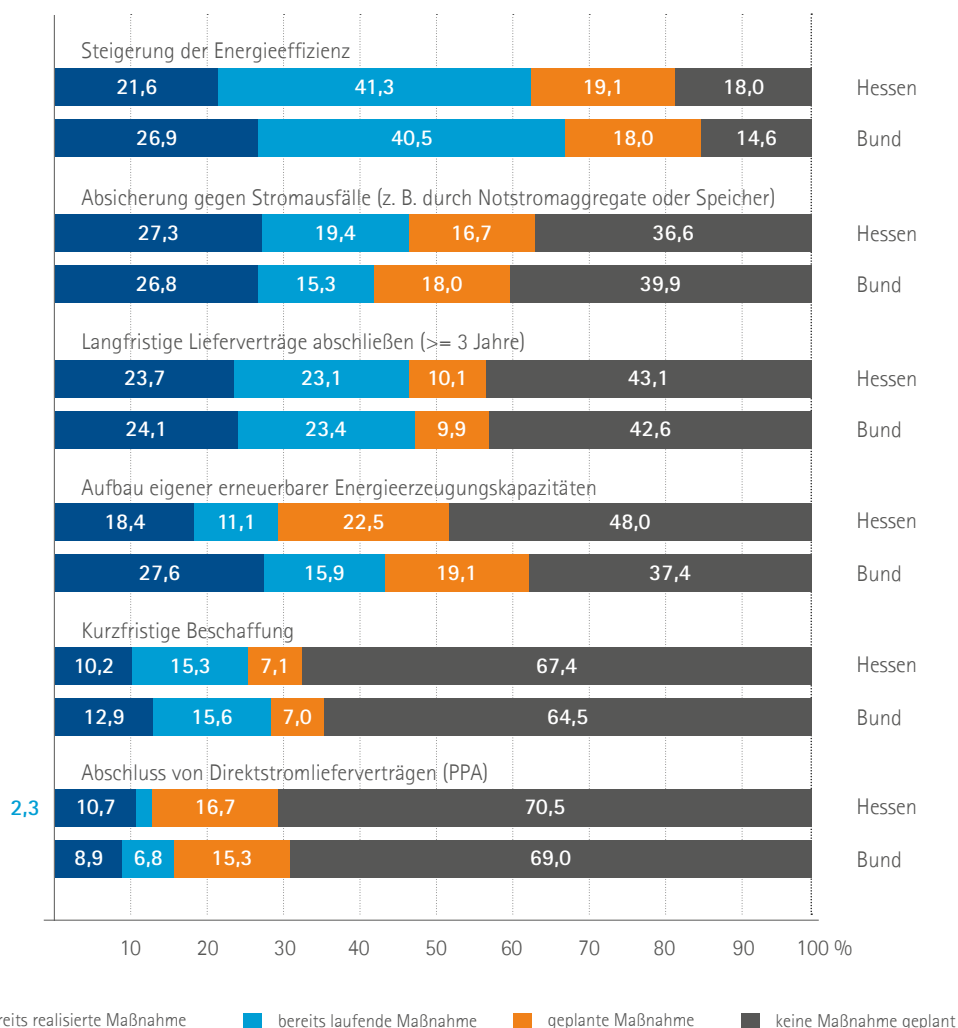
Neben organisatorischen Maßnahmen im Bereich der Beschaffung von Energie, wie z.B. Grünstrom-Lieferverträge, zählen insbesondere Investitionen in eigene erneuerbare Energieerzeugungskapazitäten (PV-Anlagen, etc.), die Umstellung auf CO<sub>2</sub>-ärmere Wärmeerzeugung, die Nutzung von Abwärme sowie die Steigerung der Energieeffizienz.

Mit 82 Prozent hat die Steigerung der Energieeffizienz für hessische Unternehmen höchste Priorität. Bereits 21,6 Prozent haben entsprechende Maßnahmen umgesetzt, 41,3 Prozent befinden sich in der Umsetzung, und weitere 19,1 Prozent planen deren Einführung.

Für 63,4 Prozent der hessischen Unternehmen spielt die Absicherung gegen Stromausfälle eine wichtige Rolle.

56,9 Prozent setzen auf langfristige Lieferverträge, während ein Drittel zusätzlich auf kurzfristige Beschaffung vertraut. Mehr als die Hälfte (52,0 Prozent) baut eigene Kapazitäten zur Erzeugung erneuerbarer Energien auf oder plant dies. Für 29,5 Prozent ist auch der Abschluss sogenannter Direktstromlieferverträge (PPA) von Bedeutung.

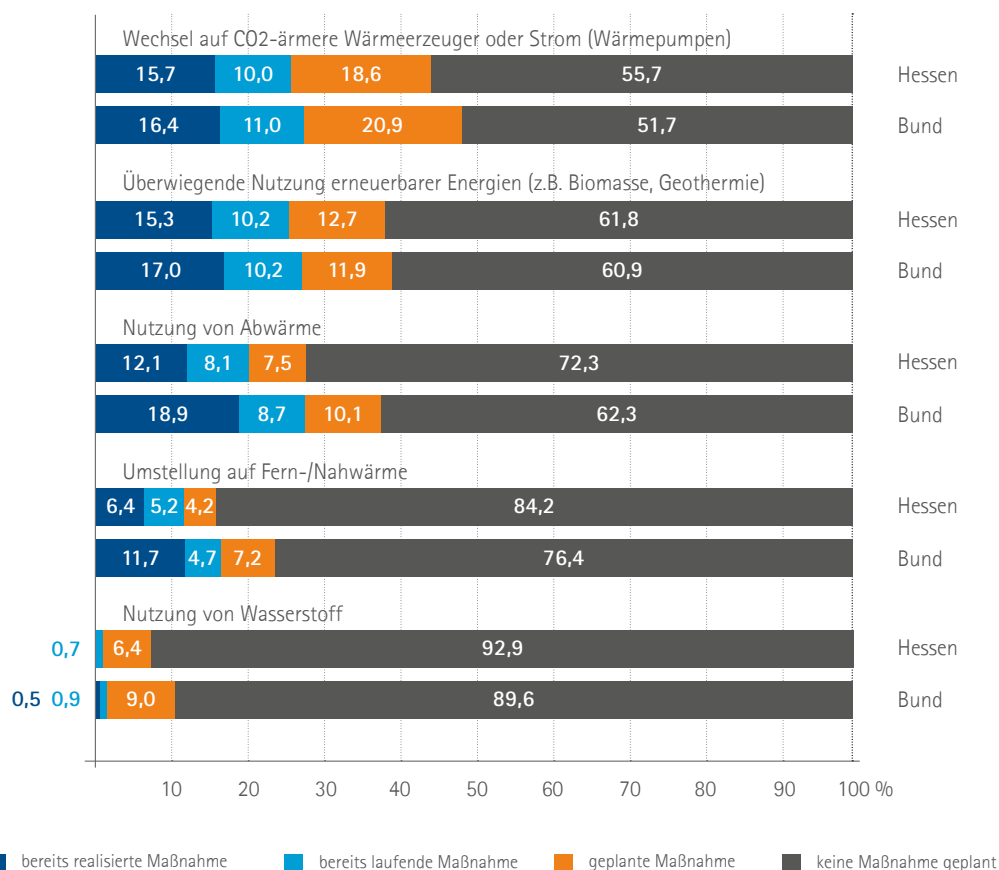
### Welche internen Maßnahmen ergreift Ihr Unternehmen angesichts der Veränderungen in der Energiewirtschaft und –politik im Bereich Energieversorgung?



Zusammenfassend kann man sagen, dass der am Markt verfügbare Grünstrom bei weitem nicht ausreicht, um den Bedarf zur Elektrifizierung von Prozessen sowie im Bereich Gebäudewärme und Verkehr zu decken. Die Optionen zur Dekarbonisierung von Hochtemperatur-Wärmeprozessen auf klimaneutralen Wasserstoff befinden sich bundesweit noch im Forschungs- und Entwicklungsstadium. Deshalb baut mehr als die Hälfte der Unternehmen eigene erneuerbare Energieerzeugungskapazitäten (z.B. PV-Anlagen) auf bzw. plant dies. Angesichts stetig steigender Strom- und Energiepreise bleiben Energieeffizienz-Maßnahmen der wichtigste Hebel, um die Standortkosten zu senken und die Produktion im Inland aufrechtzuerhalten. Etwa 82 Prozent der Unternehmen ergreifen Maßnahmen zur Energieeffizienz-Steigerung oder haben bereits Maßnahmen umgesetzt.

Im Wärmebereich ist der Wechsel auf CO<sub>2</sub>-ärmere Wärmeerzeuger oder Strom (Wärmepumpen) für 44,3 Prozent der hessischen Unternehmen ein Thema.

### Welche internen Maßnahmen ergreift Ihr Unternehmen angesichts der Veränderungen in der Energiewirtschaft und -politik im Bereich Wärme?



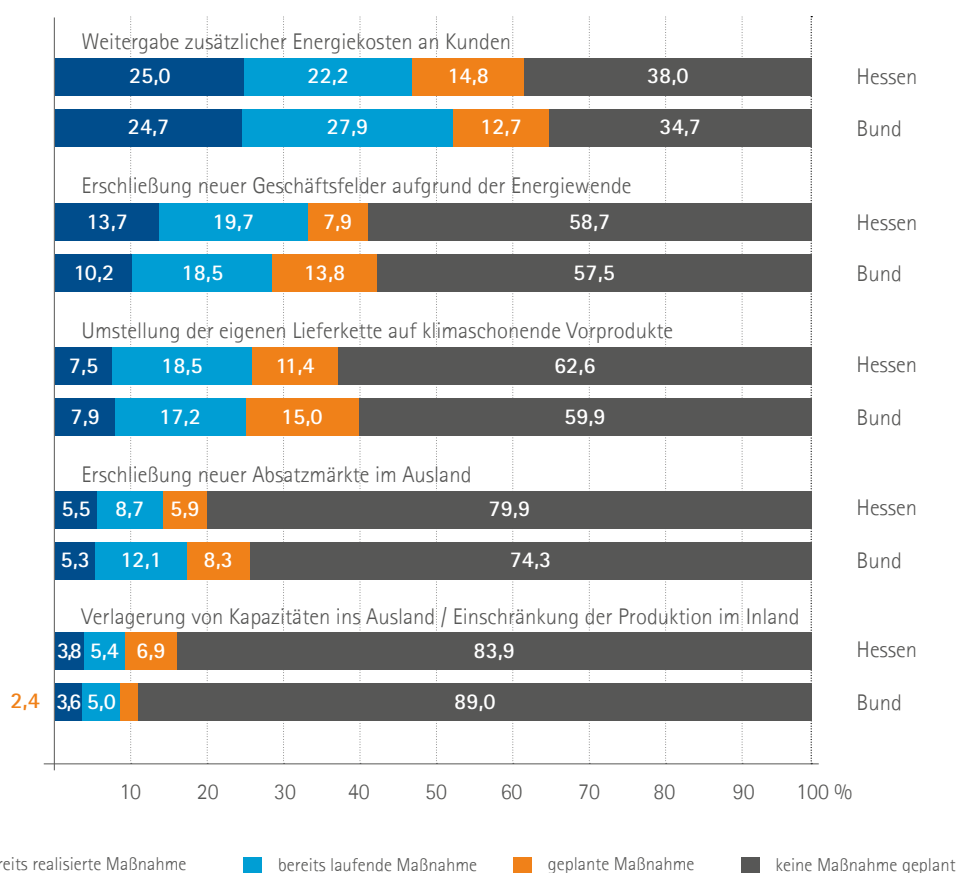
Daneben steht die Nutzung von Biomasse, Geothermie, o.a. für 38,2 Prozent der Unternehmen auf der Agenda. Auch die Nutzung von Abwärme bzw. die Umstellung auf Fern-/ Nahwärme ist für 27,7 bzw. für 15,8 Prozent der Unternehmen das Ziel von Maßnahmen. Obwohl der Auf- und Ausbau eines Wasserstoff-Kernetzes noch einige Jahre dauern wird, laufen die Planungen für die Nutzung von Wasserstoff bei 7,1 Prozent der Unternehmen in Hessen an.

## Kostenweitergabe und Verlagerung der Produktion als letzte Option

Darüber hinaus werden zunehmend Maßnahmen erforderlich, die über die innerbetriebliche Optimierung hinausgehen und sowohl Kunden als auch Lieferanten einbeziehen. Dazu zählen die Erschließung neuer Geschäftsfelder, die Ausrichtung des Unternehmens auf klimaschonende Produkte und Dienstleistungen sowie die Umstellung der eigenen Lieferkette auf klimaschonende Vorprodukte.

Allerdings lassen sich die im europäischen und internationalen Vergleich hohen und jährlich steigenden Energiepreise, insbesondere beim Strom, nicht kompensieren. Die Weitergabe der zusätzlichen Energiekosten an die Kunden ist für 62 Prozent der Unternehmen (Vorjahr: 68 Prozent) als notwendige Maßnahme die letzte Option.

### Welche Maßnahmen mit Außenwirkung ergreift Ihr Unternehmen angesichts der Veränderungen in der Energiewirtschaft und -politik?



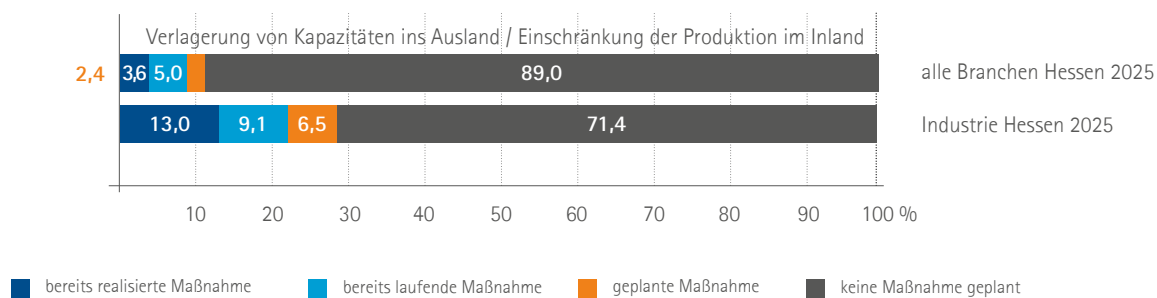
Kann eine Weitergabe der Kosten, etwa aufgrund langfristiger Kundenverträge mit Preisbindungen, nicht erfolgen, bleibt als letzter Schritt oft nur die Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland.

Auch wenn der Anteil der Unternehmen, die eine Produktionsverlagerung oder -einschränkung erwägen, branchenübergreifend zunächst gering wirkt, haben solche Entscheidungen erhebliche Folgen für den Wirtschaftsstandort. Besonders betroffen sind Unternehmen des produzierenden und verarbeitenden Gewerbes: Mit der Einschränkung oder Verlagerung ist der „Point of No Return“ erreicht und der Prozess der Deindustrialisierung eingeleitet.

Bereits 13,0 Prozent der Industrieunternehmen in Hessen haben Produktionsverlagerungen umgesetzt, weitere 9,1 Prozent Maßnahmen eingeleitet und knapp 7 Prozent planen dies. Insgesamt verfolgen damit fast 30 Prozent der Betriebe die Verlagerung ins Ausland oder eine Einschränkung der Produktion im Inland. Dies führt zu Arbeitsplatzverlusten, mindert die Bruttowertschöpfung und die Steuereinnahmen und schwächt die regionale Kaufkraft. Auch andere Branchen spüren die Folgen durch Umsatzrückgänge.

Bundesweit geben fast 60 Prozent der Industriebetriebe mit mehr als 500 Mitarbeitern an, ihre Produktion ins Ausland zu verlagern – sei es geplant, in Umsetzung oder bereits realisiert.

### Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland/Einschränkung der Produktion im Inland – Betriebe in Hessen /Industrie (2025)



## Fazit

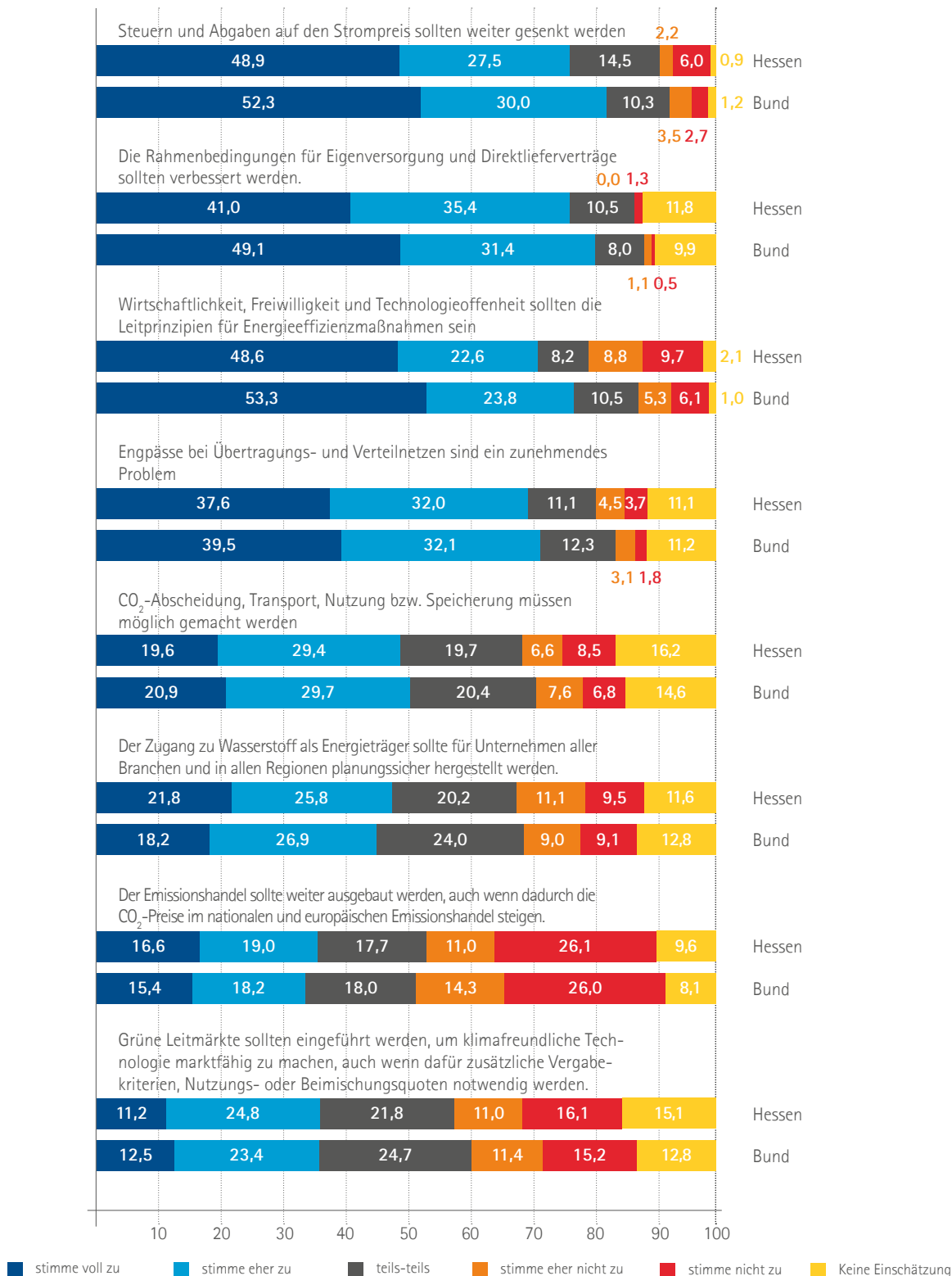
Hohe Energiepreise, überbordende Bürokratie und mangelnde Planbarkeit belasten die Wettbewerbsfähigkeit vieler Unternehmen massiv – das zeigt das IHK-Energiewende-Barometer für Hessen deutlich. Drei von zehn Industriebetrieben ziehen in Erwägung, ihre Produktion einzuschränken oder ins Ausland zu verlagern. Die möglichen Folgen wären gravierend für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Um dem entgegenzuwirken, benötigen Unternehmen dringend eine langfristige, verlässliche und zukunftsgerichtete Perspektive für ihr wirtschaftliches Handeln am Standort Hessen.

Die Politik steht in der Verantwortung, eine nachhaltige Strategie zu entwickeln, die dem erwarteten Anstieg des Strombedarfs gerecht wird. Diese Strategie muss klare Ziele für die Energiewende formulieren und gleichzeitig stabile, wettbewerbsfähige sowie wachstumsfördernde Rahmenbedingungen für den wirtschaftlichen Wandel schaffen. Dazu zählen eine sichere und bezahlbare Energieversorgung, der konsequente Abbau bürokratischer Hemmnisse und ein verlässlicher regulatorischer Rahmen, der Investitionen und Innovationen ermöglicht. Nur unter diesen Voraussetzungen können Unternehmen Vertrauen in den Standort zurückgewinnen, zukunftsgerichtete Investitionen tätigen und Deutschland als starken Produktionsstandort langfristig in Europa sichern. In weiten Teilen der Wirtschaft wird die Energiewende zunehmend als Risiko für die eigene Wettbewerbsfähigkeit wahrgenommen – insbesondere, weil politische Detailsteuerung tief in betriebliche Ressourcenplanungen und Investitionsentscheidungen eingreift. Es fehlt an Raum für Eigenverantwortung, unternehmerische Initiative und die notwendige langfristige Planungssicherheit.

Dabei birgt die Transformation große Chancen: nachhaltiges Wachstum, mehr Resilienz und größere Unabhängigkeit. Die deutsche Wirtschaft könnte in diesem Prozess eine technologische Vorreiterrolle auf global wachsenden Märkten einnehmen. Es mangelt weder am Willen der Unternehmen noch an tragfähigen Konzepten – vielmehr fehlt es an gegenseitigem Vertrauen: dem Vertrauen der Politik in die Effizienz marktwirtschaftlicher Strukturen und dem Vertrauen der Wirtschaft in die Gestaltungs- und Veränderungskraft der Politik.

# Empfehlungen der hessischen Wirtschaft an die Landes- und Bundespolitik, die Energiewende sicher, bezahlbar und verlässlich zu gestalten

Inwieweit stimmen Sie den folgenden politischen Maßnahmen zu, um Energiewende und Klimaschutz sicher, bezahlbar und umweltverträglich zu gestalten?



#### 1. Senkung von Steuern und Abgaben auf den Strompreis:

Mehr als drei Viertel der Unternehmen (77,4 Prozent) sprechen sich für eine Senkung von Steuern und Abgaben auf Strom aus – im Bundesdurchschnitt sogar 5 Prozentpunkte mehr. Die Strompreise liegen im europäischen und internationalen Vergleich weiterhin hoch, und für knapp die Hälfte der Unternehmen haben sich die Kosten in diesem Jahr erneut erhöht. Die Stromsteuer von 2,05 ct/kWh sollte daher dauerhaft auf das europäische Mindestmaß von 0,05 ct/kWh gesenkt werden – für alle Verbraucher und ohne bürokratisches Erstattungsverfahren. Auch die stetig steigenden Stromnetz-entgelte sollten etwa durch Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt entlastet werden.

#### 2. Rahmenbedingungen für Eigenversorgung und Direktlieferverträge verbessern:

76 Prozent der Unternehmen in Hessen fordern eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für Eigenversorgungsanlagen und Direktlieferverträge (Strom). Um den Anteil von Grünstrom zu erhöhen, sind Eigenversorgungsanlagen, wie Photovoltaikanlagen, sowie Direktstromlieferverträge, beispielsweise für den Bezug von Grünstrom aus Windkraftanlagen, für viele Unternehmen zentrale Bausteine. Allerdings bestehen noch zahlreiche bürokratische und regulatorische Hürden. Die IHK-Organisation setzt sich durch Informationsveranstaltungen dafür ein, die Möglichkeiten von Direktstromlieferverträgen, sogenannten PPA's (Power Purchase Agreements), bekannter zu machen.

#### 3. Leitprinzipien Wirtschaftlichkeit, Freiwilligkeit und Technologieoffenheit

Mehr als 70 Prozent der Unternehmen plädieren, dafür, dass Wirtschaftlichkeit, Freiwilligkeit und Technologieoffenheit Leitprinzipien sein sollen. Zusätzliche gesetzliche Vorgaben, wie etwa das Energieeffizienz-Gesetz, verursachen zusätzlichen bürokratischen Aufwand, der meist nur durch zusätzliches Personal bewältigt werden kann. Die Steigerung der Energieeffizienz hat für 82 Prozent der hessischen Unternehmen hohe Priorität und spiegelt sich in bereits umgesetzten, laufenden oder geplanten Maßnahmen wider.

#### 4. Engpässe bei Übertragungs- und Verteilnetzen vermeiden

Knapp 70 Prozent der hessischen Unternehmen sehen Engpässe in Übertragungs- und Verteilnetzen als wachsendes Problem. Mit der zunehmenden Elektrifizierung der Mobilität werden diese Netzengpässe immer deutlicher: In einigen Regionen können Versorger weder neue Anschlüsse noch Ladepunkte bereitstellen, da das Netz die zusätzliche Last nicht trägt. Intelligente, kommunizierende und regelbare Ladesäulen („Wallboxen“) können das Netz lediglich entlasten, indem sie die Ladeleistung anpassen oder zeitlich verschieben. Die im Netzentwicklungsplan vorgesehenen Maßnahmen zur Verstärkung des Übertragungsnetzes sind daher zentrale Projekte, um die Versorgungssicherheit in Hessen in den kommenden Jahren zu gewährleisten.

#### 5. CO<sub>2</sub>-Abscheidung, Transport und Nutzung (CCU) ermöglichen

CO<sub>2</sub>-Abscheidung, -Transport und -Nutzung bzw. -Speicherung müssen möglich gemacht werden. Eine Mehrheit der Unternehmen steht hinter dieser Forderung. Besonders in den energieintensiven Branchen wie beispielsweise Glas, Chemie oder Stahl (56 Prozent Zustimmung), aber auch in der Bauindustrie (57 Prozent Zustimmung) ist die CO<sub>2</sub>-Abscheidung, Nutzung und Speicherung (Carbon Capture and Storage, CCS) oder Nutzung (Carbon Capture and Utilization, CCU) notwendig, weil CO<sub>2</sub>-Emissionen nicht vermieden werden können. Daher sollte eine neue Bundesregierung die CO<sub>2</sub>-Speicherung weder sektoral noch regional einschränken. Während zwei Drittel der EU-Staaten CO<sub>2</sub>-Speicherung bereits erlauben und die EU-Kommission bereits Maßnahmen für den grenzüberschreitenden Pipeline-Transport plant, sollte Deutschland diesen Beispielen folgen und eine klare Perspektive für die CO<sub>2</sub>-Nutzung und -Speicherung schaffen.

## 6. Planungssicherheit beim Zugang zu Wasserstoff herstellen

47 Prozent der hessischen Unternehmen fordern eine verlässliche und planbare Versorgung mit Wasserstoff als Energieträger für alle Branchen und Regionen. Schon heute prüfen energieintensive Unternehmen, welche technischen Anpassungen für eine mögliche Umstellung von Erdgas auf Wasserstoff erforderlich wären – von der Umrüstung bestehender Anlagen bis hin zur Anpassung der Lieferketten. Gleichzeitig entwickeln auch mittelständische Betriebe bereits wasserstofftaugliche Produkte, etwa Leitungen, Tanks und weitere Komponenten.

## 7. Emissionshandel darf die Wirtschaft nicht abwürgen

Nur noch ein Drittel hessischer Unternehmen sind der Meinung, dass der Emissionshandel weiter ausgebaut werden sollte, auch wenn dadurch die CO<sub>2</sub>-Preise im nationalen und europäischen Emissionshandel steigen. Der Grund ist klar: Der Emissionshandel führt zu steigenden CO<sub>2</sub>-Preisen und ist eine Sonderlast in der EU, die Reduktion von Klimagasen führt in den Betrieben zu hohen Investitionskosten. Gleichzeitig gibt es kaum eine Zahlungsbereitschaft für klimafreundliche Produkte. Das Risiko der Standortverlagerung (Carbon Leakage) ist daher hoch, solange Deutschland und Europa beim Klimaschutz sehr viel schneller vorangehen als andere Wirtschaftsräume.





Hessischer Industrie-  
und Handelskammertag

## Impressum

### Herausgeber

Hessischer Industrie- und Handelskammertag (HIHK) e. V.  
Karl-Glissing-Straße 8  
65183 Wiesbaden  
☎ 0611 360 115-0  
✉ [info@hihk.de](mailto:info@hihk.de)  
🌐 [www.hihk.de](http://www.hihk.de)

### Fachliche Verantwortung

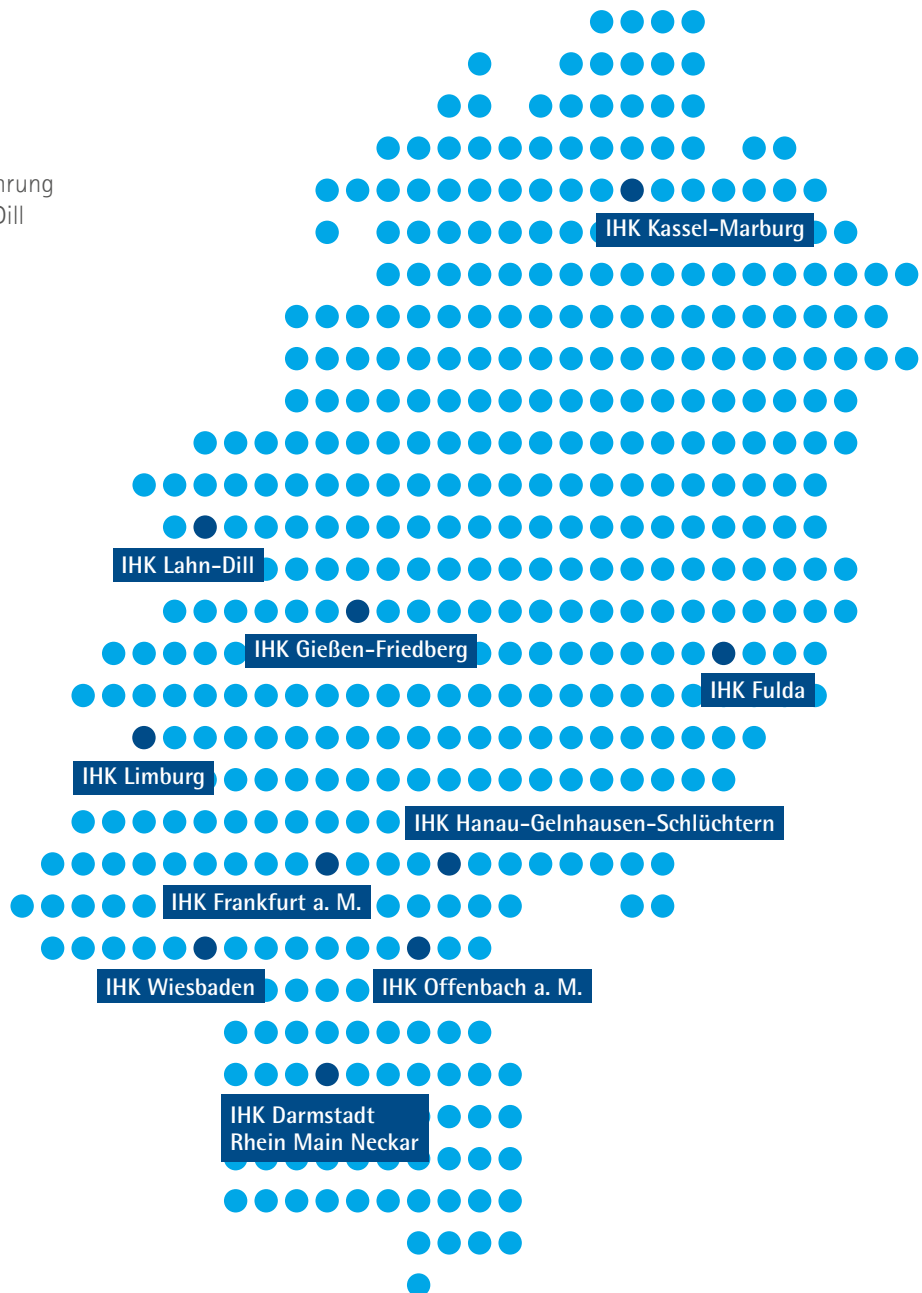
Lisa Schäfer  
Leiterin Grundsatzreferat und Federführung  
Industrie- und Handelskammer Lahn-Dill  
Friedenstraße 2  
35578 Wetzlar  
☎ 02771 842-1500  
✉ [schaefer@lahndill.ihk.de](mailto:schaefer@lahndill.ihk.de)

### Bildnachweis

Jiri Částka – Adobe Stock

### Stand

November 2025



### Über den Hessischen Industrie- und Handelskammertag

Gemeinsam für Hessens Wirtschaft: Der Hessische Industrie- und Handelskammertag (HIHK) koordiniert die landespolitischen Aktivitäten der zehn hessischen IHKs. Als Sprachrohr der gewerblichen Wirtschaft in Hessen vertreten wir die Interessen von rund 400.000 Mitgliedsunternehmen gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit. Mit engen Kontakten zur Landesregierung, dem Landtag, den Medien sowie allen wichtigen Akteuren auf Landesebene wollen wir einen Beitrag leisten, damit die Standpunkte der hessischen Wirtschaft Gehör finden und auch in der öffentlichen Wahrnehmung zur Geltung kommen. Dabei ist das Gesamtinteresse der Wirtschaft der Maßstab unserer Arbeit.